

Euroskeptizismus in Liechtenstein

Interview mit Christian Frommelt zum Artikel «Europa ist (noch) kein Politikum im Land» von Elias Quaderer, erschienen im Liechtensteiner Vaterland vom 13. November 2020

Liechtensteiner Vaterland: Sie erläutern in Ihrem Artikel, dass bisher keine liechtensteinische Partei offen den EU-Beitritt forderte. Somit können alle Parteien in gewisser Weise als euroskeptisch bezeichnet werden. Mit Blick auf die Schweiz hielten die Mitte-rechts-Parteien CVP und FDP zumindest bis Ende der 1990er-Jahre an einem EU-Beitritt als langfristige Strategie fest, die SP bis 2016. Wie ist es zu erklären, dass bisher keine einzige Partei einen EU-Beitritt Liechtensteins forderte?

Christian Frommelt: Liechtenstein befindet sich in einer anderen Ausgangsposition als die Schweiz. Mit Blick auf die Schweiz war in den 1990er-Jahren ein EU-Beitritt das logische Ziel einer aktiven Europapolitik. Im Unterschied dazu ist unklar, ob ein EU-Beitritt Liechtensteins überhaupt machbar – also grössenverträglich – ist. Die Frage der Grössenverträglichkeit stellte sich ja bereits im Zusammenhang mit der EWR-Mitgliedschaft und ein EU-Beitritt wäre da sicherlich nochmals eine deutlich grössere Herausforderung. Das Beispiel der Republik San Marino zeigt allerdings, dass auch in Kleinststaaten ein EU-Beitritt ein Thema sein kann. So hat San Marino vor einigen Jahren darüber abgestimmt, ob ein Beitritts-gesuch gestellt werden soll.

Umgekehrt stellt sich die Frage, weshalb bisher keine Partei versuchte, sich durch eine eurokritische Haltung zu profilieren?

Der EWR folgt dem Prinzip der intergouvernementalen Zusammenarbeit. Das bedeutet, dass grundsätzlich keine nationalen Souveränitätsrechte an gemeinsame Institutionen übertragen werden. Auch sind souveränitätspolitisch sensible Politikfelder wie die justizielle Zusammenarbeit, die Aussenpolitik oder die Wirtschafts- und Währungspolitik nicht Teil des EWR-Abkommens. Schliesslich fehlt dem EWR die politische Symbolik grosser Gipfeltreffen. Stattdessen steht die pragmatische und meist stark technische Zusammenarbeit im Zentrum.

Vor diesem Hintergrund verfügt der EWR über deutlich weniger Angriffsfläche als die EU. In Liechtenstein kommt hinzu, dass die EWR-Mitgliedschaft von Anbeginn weg von der Politik als Souveränitätsgewinn verkauft wurde und von der Bevölkerung bis heute mehrheitlich auch als solcher betrachtet wird. Trotz seiner geringen Grösse wird Liechtenstein im EWR als gleichwertiger Partner anerkannt. Es konnte den Nachweis erbringen, dass es über die Fähigkeit verfügt, internationales Recht korrekt umzusetzen. Dies alles soll jetzt aber nicht bedeuten, dass die EWR-Mitgliedschaft nicht kritisch betrachtet werden kann und soll. Gerade aus souveränitäts- und demokratiepolitischer Sicht ist die Bilanz des EWR durchaus ambivalent. Allerdings fehlt es halt auch an alternativen, sprich besseren Modelle.

Warum ist die Europäische Integration in Liechtenstein, im Gegensatz zur Schweiz, überhaupt kein politisch salientes Thema?

Einfach gesagt besteht aktuell wenig Handlungsbedarf, weil die Alternativen zur EWR-Mitgliedschaft fehlen. Wenn man die ganzen 25 Jahre der EWR-Mitgliedschaft Liechtensteins betrachtet, sehe ich grundsätzlich zwei Erklärungsstränge. Der erste setzt bei der politischen Kultur an. In Liechtenstein herrscht eine starke Konsenskultur. Zudem ist der politische Prozess stark von der Exekutive bestimmt, welche in der Aussenpolitik sowieso eine starke Rolle einnimmt. Dies spricht gegen eine starke Politisierung der Europapolitik und mag erklären, warum trotz der sehr emotional geführten Debatten im Vorfeld der beiden Abstimmungen über den EWR-Beitritt sich die Lager aus Befürwortern und Gegnern rasch veröhnten. Der zweite Erklärungsstrang setzt bei der Erfolgsbilanz des EWR an. Die EWR-Mitgliedschaft verschafft Liechtenstein einen freien, rechtlich abgesicherten Zugang zum Binnenmarkt der EU. Für die Wirtschaft ist dies enorm wichtig, weshalb es nicht überrascht,

dass die liechtensteinische Wirtschaft nach dem EWR-Beitritt überdurchschnittlich stark gewachsen ist. Für den EWR spricht auch, dass sich die anfänglichen Vorbehalte gegen eine EWR-Mitgliedschaft nicht oder nur geringfügig bewahrt haben. So bedeutete die EWR-Mitgliedschaft nicht das Ende des Finanzplatzes, der direkten Demokratie oder der guten Beziehungen zur Schweiz. Durch die Sonderlösung im freien Personenverkehr kann Liechtenstein auch die Zuwanderung von EWR-Staatsangehörigen weiterhin weitgehend selbst steuern.

Sie erläutern in Ihrem Artikel, dass bei der DpL Tendenzen erkennbar sind, sich als euroskeptische Partei zu positionieren. Woran ist dies festzumachen?

In ihren Statuten definiert die DpL die Grundwerte ihrer politischen Arbeit. Als zentraler Wert wird dabei der «souveräne Staat», «unabhängig und selbstbestimmt», aufgeführt. In einem Medienbeitrag vertrat die DpL darüber hinaus die Ansicht, dass «unser Land» immer stärker «durch Brüssel fremdbestimmt» werde und dass darunter die direkte Demokratie leide. Das sind typisch euroskeptische Argumente, wie wir sie in der Schweiz von der SVP her kennen. Im Moment sind dies allerdings nur Einzelbeispiele, welche ich nicht überbewerten möchte. Vielmehr bin ich gespannt, was der kommende Wahlkampf bringen wird.

In der Schweiz konnte die SVP mit einem eurokritischen Kurs seit den 1990er-Jahren ihren Wähleranteil von gut 10 Prozent auf nahezu 30 Prozent ausbauen. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten einer Partei in Liechtenstein ein, ihren Wähleranteil mit einem eurokritischen Kurs auszubauen?

Das ist sehr schwierig abzuschätzen. Aktuell denke ich nicht, dass es mit einem euroskeptischen Kurs viel zu gewinnen gibt, da der EWR gemäss aktuellen Umfragen einen grossen Rückhalt in der Bevölkerung geniesst. Wahrscheinlich würde mit einem euroskeptischen Kurs vor allem die ohnehin bereits bestehende Klientel rechts der politischen Mitte bedient werden. Im Unterschied dazu hat sich die SVP viele Jahre lang an dem Thema Europa abgearbeitet und ihre euroskeptische Haltung sehr geschickt mit dem Migrationsthema verknüpft.

Diese Möglichkeit besteht bei uns nicht. Ich denke aber schon, dass die EWR-Mitgliedschaft künftig stärker politisiert wird und damit auch stärker polarisieren wird. Einen grossen Einfluss wird hier die Entscheidung in der Schweiz über das institutionelle Rahmenabkommen haben.

[11. November 2020]

Liechtenstein-Institut
St. Luziweg 2
9487 Barenden
info@liechtenstein-institut.li
www.liechtenstein-institut.li